

E 2300 Wien 3

*Le Chargé d'affaires de Suisse à Vienne, L. Steiger,
au Président de la Confédération, H. Druey*

R No. 3

Wien, 16. Januar 1850

Wie ich bereits in meinem ehrerbietigen Schreiben vom 9. d. M.¹ zu bemerken die Ehre hatte, hat die vor Kurzem noch so aufgeregte Ansicht über die Flüchtlingsfrage einer ruhigeren Stimmung Platz gemacht und ich bemerkte zu meinem Vergnügen bei verschiedenen Besprechungen mit einflussreicheren Mitgliedern des diplomatischen Corps, dass diese Stimmung sich erhalten und die deshalb gehegten Besorgnisse, wenn auch nicht gehoben, doch weniger drohend sind, als solche noch vor kurzer Zeit waren. Die Angelegenheit Neuenburgs, welche der Fürst Schwarzenberg gegenüber dem französischen Gesandten zu Gunsten der preussischen Krone bevorwortete, tritt nunmehr etwas in den Hintergrund und das Österreichische Cabinet scheint dieselbe nicht mehr mit derjenigen Wärme unterstützen zu wollen, wie es den Anschein hatte. Man ist in den diplomatischen

1. E 2200 Wien 1/14.



Kreisen von der Antwort bereits unterrichtet, welche das Preussische Cabinet auf die Note der Eidgenossenschaft² gegeben und beurtheilt den von dem hohen Bundesrathe gemachten Schritt als einen nicht zeitgemässen, ja man schreibt denselben sogar den Einflüsterungen des englischen Geschäftsträgers in Bern, Sir Peel zu; ich stellte diese Anschauungsweise entschieden in Abrede und vertheidigte die Ansicht des hohen Bundesrathes dahin, dass die negative Haltung, welche die preussische Gesandtschaft in Bern gegenüber den Behörden von Neuenburg angenommen habe, den Schritt des hohen Bundesrathes vollkommen rechtfertige, ja nothwendig gemacht habe, und die Eidgenossenschaft dadurch die Absicht an den Tag habe legen wollen, diese Angelegenheit auf freundschaftlich diplomatischem Wege zu ordnen. Es war mir jedoch nicht möglich, dieser Behauptung Eingang zu verschaffen, da man fest darauf beharrte, es wäre besser gewesen, zuzuwarten, bis das preussische Cabinet diese Angelegenheit angeregt hätte, da durch die Note des hohen Bundesrathes bereits der Zweifel ausgedrückt sei, dass die preussische Regierung mit den jetzigen Verhältnissen des Cantons Neuchâtel nicht einverstanden sein könne; wenn diese Ansicht auch allerdings durch das Benehmen des H. von Sydow ausgesprochen worden sei, so wäre es jedoch rathsamer gewesen, den Umstand wegen der Legalisationen der neuenburgischen Dokumente zu ignoriren und die Zeit abzuwarten, bis das preussische Cabinet seine Forderungen selbst gestellt haben würde. Ich theile Euer Excellenz diese Ansichten mit, wie ich sie bei verschiedenen meiner Besuche wahrnehmen konnte. Die Politik des französischen Cabinetts hat in letzterer Zeit besonders in der orientalischen Frage den Grundsatz befolgt, die Forderungen des Österreichischen Cabinettes der Pforte gegenüber zu bevorzugen, um desto entschiedener den Ansprüchen Russlands entgegenzutreten; es dürfte dies Verfahren, welches, wie mir aus gut unterrichteter Quelle versichert wurde, H. von Beaumont gegenüber dem Fürsten Schwarzenberg beobachtete, auch auf die Schweiz Anwendung finden können, indem allenfallsige mit der Würde und der Unabhängigkeit der Eidgenossenschaft zu vereinbarende Concessionen in der Flüchtlingsfrage gegenüber dem französischen und österreichischen Cabinette eine nur vortheilhafte Wirkung auf die Neuenburgerfrage ausüben können. Wie ich schon bemerkte, muss im Interesse der Eidgenossenschaft liegen, das preussische Cabinet in der Neuenburgerfrage isolirt stehen zu sehen und dieser wichtige Zweck kann wohl nur dann erreicht werden, wenn man die Forderungen der andern Mächte in der Flüchtlingsfrage einigermaßen berücksichtigt. Dass die Forderungen in der Asylfrage an die Schweiz gestellt werden dürften, glaube ich, unterliegt keinem Zweifel mehr, allein es ist auch unverkennbar, dass die Ansichten in dieser Frage etwas bescheidener und gemässiger werden dürften, als solche vor ungefähr einem Monate waren.

Die Nachrichten aus Berlin haben hier einige Sensation gemacht und selbst in den streng conservativen Kreisen begreift man die Handlungsweise des Königs nicht. Man ist allgemein auf eine entschiedene Opposition der Kammern gefasst und glaubt, dass das Ministerium sich nicht werde halten können. Auch hier spricht man seit einigen Tagen von einem Ministerwechsel; so behauptete man gestern, dass Fürst Windischgraetz das Portefeuille des Kriegsministeriums über-

2. Du 8 novembre 1849. Cf. N° 54, annexe.

21 JANVIER 1850

137

nehme, die Verhandlungen jedoch deshalb noch nicht zur Reife gediehen seien, weil er daran die Bedingung des Eintritts von Pillersdorf knüpfte. Obgleich die Quelle eine nicht schlecht unterrichtete, hat die Sache doch sehr wenig Wahrscheinlichkeit. Der Plan des Anschlusses Österreichs an den Zollverein soll in dem Handelsministerium lebhaftere Vertheidiger finden und es soll kein Zweifel obwalten, dass man ernstlich damit umgeht, diesen Plan zur Wirklichkeit werden zu lassen.